

A stylized map of Ukraine composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or events.

Der »Euromaidan« – ein Jahr danach

Bilanz eines ukrainischen Epochenjahres

STEPHAN MEUSER

Januar 2015

- 2014 war ein »schwarzes Jahr« für die Ukraine und die europäische Friedensordnung: Alte Gewissheiten wie die Unverletzlichkeit von Grenzen und die Pflicht zur friedlichen Konfliktlösung wurden in Frage gestellt. Eine neue europäische Friedensordnung kann erst dann stabil sein, wenn sie alle Staaten einschließt – auch Russland und die Ukraine. Sie setzt allseitige Akzeptanz ihrer grundlegenden Normen voraus. Mit Blick auf dieses langfristige Ziel sollten sich alle Konfliktparteien auf die Suche nach gemeinsamen Interessen begeben. Diese könnten in einer Zone freien Waren- und Personenverkehrs zwischen EU, Eurasischer Wirtschaftsunion und den Staaten der »Östlichen Partnerschaft« liegen.
- Es muss bezweifelt werden, ob der von großen Teilen der »Euromaidan«-Bewegung erwünschte und ausgelöste Prozess der inneren Demokratisierung der Ukraine bereits auf einem richtigen und vor allem unumkehrbaren Weg ist. Pluralismus wird auch nach dem »Euromaidan« vornehmlich durch die Konkurrenz regional oder sektoral tätiger Oligarchen hergestellt.
- Die ökonomische und soziale Situation der Ukraine ist desolat. Der übliche austeritätspolitische Ansatz westlicher Geber stellt keine adäquate Lösung für die aktuellen Probleme dar. Gleichwohl wird er weitgehend unhinterfragt von der ukrainischen Regierung akzeptiert. Angesichts der katastrophalen Auswirkungen dieser Politik in der EU fragt man sich, warum die in Südeuropa begangenen Fehler in der Ukraine wiederholt werden müssen.
- Der Konflikt mit Russland hat 2014 wesentlich zur Herausbildung eines sich seiner selbst bewussten ukrainischen Nationalstaates beigetragen. Für dessen weitere Kohäsion kommt es entscheidend darauf an, einen Prozess der nationalen Versöhnung einzuleiten. Dieser ist für die Integrität des Staates auf lange Sicht wichtiger als die von der aktuellen Regierung betriebene militärische Aufrüstung.

Als der Journalist Mustafa Nayem am 21. November 2013 angesichts der Nichtunterzeichnung des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens durch Präsident Viktor Yanukovych auf Facebook die Frage stellte: »Ich gehe auf den Maidan – wer kommt mit?«, war weder ihm noch irgendeinem Beobachter der ukrainischen Politik klar, was ein gutes Jahr später das Ergebnis der durch seinen Aufruf mit ausgelösten Proteste des »Euromaidan« sein würde. Ein Jahr später wird man als westlicher Beobachter mit Bedauern bilanzieren müssen, dass die Rückwirkungen auf die regionale und gesamteuropäische Außen- und Sicherheitspolitik bisher augenfälliger und unmittelbarer sind, als die von den Initiatoren der Proteste gewünschten tiefgreifenden Veränderungen in der ukrainischen Politik und Gesellschaft.

Ohne zu übertreiben kann man von einem »schwarzen Jahr« für die europäische Friedensordnung nach dem Kalten Krieg sprechen, in dem alte Gewissheiten, wie die Unverletzlichkeit von Grenzen und die Pflicht zur friedlichen Konfliktlösung, in Frage gestellt wurden. Ob hingegen der von großen Teilen der »Euromaidan«-Bewegung erwünschte und ausgelöste Prozess der inneren Demokratisierung der Ukraine bereits auf einem richtigen und vor allem unumkehrbaren Weg ist, darf und muss bezweifelt werden.

Europa stößt an seine Grenzen – neue Mauern entstehen

Was als leuchtendes Beispiel erfolgreicher EU-Integrationspolitik geplant war – die enge politische und wirtschaftliche Anbindung der Ukraine durch ein Assoziierungsabkommen (AA) inklusive eines *Deep and Comprehensive Free Trade Agreement* (DCFTA) – ist inzwischen zwar mit der Unterzeichnung und teilweisen Ratifizierung des Abkommens¹ formal auf den Weg gebracht. Doch angesichts der inzwischen desolaten wirtschaftlichen und sozialen Lage des ukrainischen Partners muss die Frage erlaubt sein – um welchen Preis?

Trotz der strategischen Blindheit und taktischen Fehler der EU-Europäer liegt der Hauptgrund für die furchtbare

Entwicklung des Jahres 2014 aber eindeutig in der Entscheidung Russlands, zu den überwunden geglaubten Spielregeln europäischer Machtpolitik zurückzukehren. Eine noch so sehr als demütigend, verletzend oder gar bedrohlich empfundene außen- und sicherheitspolitische Lage – das »Heranrücken« der westlichen Bündnisse an die russischen Grenzen wird hier in der akademischen Debatte ebenso wie von der russischen Politik meist angeführt – rechtfertigt nicht die russischen Verstöße gegen europäische Vereinbarungen und internationales Recht. Die Annexion der Krim und die Aktionen in der Ostukraine widersprechen den Grundsätzen der Unverletzlichkeit der Grenzen und der in der VN-Charta festgelegten Verpflichtung der Staaten zur friedlichen Lösung von Konflikten. Eine dialektische Volte ist dabei übrigens, dass Russland mit seinen Handlungen ausge-rechnet gegen die KSZE-Schlussakte verstößt, deren außenpolitischen Teil es seit 1975 als Macht des »Status quo« immer hoch gehalten hat.

Sollte es jedoch innerhalb der EU den Plan gegeben haben, die Östliche Partnerschaft gezielt gegen Putin voranzutreiben, dann dürfte er insofern aufgegangen sein, als der östliche Nachbar der Ukraine mit seiner Rückkehr zum geopolitischen Instrumentenkasten des 19. Jahrhunderts *ex negativo* den Beweis dafür lieferte, dass nunmehr nicht nur die NATO, sondern auch die EU-Integrationskonkurrenz in Moskau ernst genommen wird. Wenn man so will, besteht darin also der messbare »Erfolg« einer bestenfalls halbgaren EU-Politik. Einerseits machte diese unter Berufung auf Menschenrechte die Frage der Freilassung Yulia Tymoshenkos 2013 zum zentralen Verhandlungspunkt mit der alten ukrainischen Regierung, ohne jedoch auf der anderen Seite substanzielle ökonomische Übergangshilfen oder konkrete Visaerleichterungen anzubieten. Auf die Erwähnung einer Beitrittsperspektive wurde seinerzeit explizit verzichtet. Nun, ein Jahr später, stellt sich die Frage von Wirtschaftshilfe unter dem viel dringlicheren Blickwinkel des nahenden ukrainischen Staatsbankrotts und eines notwendig gewordenen *Buy-outs* der Ukraine durch den europäischen Steuerzahler in Bezug auf die Bezahlung bereits gelieferten russischen Gases. Dass russische Interessen indirekt mit am Verhandlungstisch sitzen wurde spätestens im Sommer 2013 offenkundig. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, einen Dialog mit der Ukraine von Anfang an unter Einbeziehung Moskaus zu suchen? Zumal, da am 12.9.2014 die EU und die Ukraine im Einvernehmen mit Russland beschlossen, die ökonomische

1. Am 23.4.2014 wurde der politische Teil des DCFTA unterschrieben, am 27.6. folgte die Unterzeichnung des wirtschaftlichen Teils. Am 16.9. folgte die parallel durchgeführte Abstimmung über die Ratifizierung im Europäischen Parlament und der Verchovna Rada. Es fehlt nun doch die Ratifizierung durch die Mehrzahl der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten.

mische Seite der Assoziierung nochmals bis Ende 2015 zurückzustellen, um eventuell doch noch eine Kompatibilität der Integrationsprojekte herzustellen. Nachdem also jahrelang mit dem apodiktischen Argument, es könne kein *droit de regard* für Drittstaaten geben, eine Einbeziehung Russlands seitens Brüssel abgelehnt worden war, findet genau dieser Dialog nun künftig statt!

Gleichzeitig hat die Ukraine-Krise gleichsam als Nebeneffekt gezeigt, dass ein System von Garantien neben und außerhalb der bestehenden Sicherheitsstrukturen nicht wirkt: Die Ukraine hat 1994 aufgrund des Budapester Memorandums ihre taktischen Atomwaffen gegen die Garantie ihrer staatlichen Souveränität eingetauscht – unterschrieben haben Russland, die USA und Großbritannien. Keine der beiden letztgenannten Mächte hat 2014 militärisch einen Finger gerührt, um der Ukraine zu Hilfe zu kommen – im krassen Gegensatz zur wohlbekannteren Kalkriegsrhetorik Washingtoner »Falken«. Insofern hat die Ukraine-Krise sogar Rückwirkungen bis hin zur Nonproliferations-Debatte: Wie sollen künftige »Kandidaten« vom Segen atomarer Abrüstung überzeugt werden, wenn sie dieses Beispiel vor Augen haben? Es wäre nur in sich logisch, wenn im Gegenteil das Streben nach Nuklearwaffen zwecks Selbstabsicherung vornehmlich autoritärer Regime weltweit zunähme.

Doch zurück zur Ukraine: Erklärtes Ziel russischer Politik ist es inzwischen – auch über die Krim und die Ost-Ukraine hinaus – Russen und russischsprachige Bürger in anderen Staaten zu »schützen«. Durch diese Zielsetzung und aufgrund der jüngsten Erfahrungen fühlen sich mehrere Nachbarstaaten – verständlicherweise – bedroht. Dabei ist festzuhalten: Weder auf der Krim noch in der Ost-Ukraine gab es je eine Diskriminierung russischsprachiger Bürger. Wenn es der russischen Führung wirklich darum gegangen wäre, eine angebliche Diskriminierung zu beheben, dann hätte sie sich in Verhandlungen um eine Beseitigung bemühen können. Das jedoch hat Moskau nie versucht. Viele Nachbarn Russlands nehmen das Land daher heute als revisionistische Macht wahr, was mittlerweile zu solch, aus deutscher Sicht, kruden Ideen wie die der ukrainischen Regierung führt, eine »Mauer« entlang der gemeinsamen Grenze zu bauen. Dass dies bestenfalls ein wenig soziale Entlastung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie bringt, aber militärisch sinnlos und von der Signalwirkung in Richtung künftiger Normalisierung des ukrainisch-russischen Verhältnisses komplett kontraproduktiv ist, liegt auf der

Hand. Man wünschte sich hier ein – bisher ausgebliebenes – klares Wort der westlichen Geberländer, das insbesondere aus dem Kanzleramt Wirkung entfalten könnte. Doch von dort war im Herbst 2014 eher sogar von »Verständnis« die Rede, was angesichts des parallel in Deutschland feierlich begangenen 25. Jubiläums des Berliner Mauerfalls zumindest überrascht.

Neue Sicherheit für Europa?

Die negative Entwicklung der durch die Ukraine-Krise offenbar gewordenen außen- und sicherheitspolitischen Lage in Europa kennt derzeit nur einen lichten Punkt – und das ist die Wiederbelebung der OSZE. Nach dem Ende des Kalten Krieges in einen Dornröschenschlaf verfallen, wurde sie ausgerechnet von Vladimir Putin wachgeküsst und ist mittlerweile zum wichtigsten multilateralen Akteur im eskalierenden Konflikt in der Ostukraine geworden. Der Grund hierfür liegt auf der Hand – handelt es sich doch um die einzige sicherheitspolitisch relevante Organisation, in der beide Konfliktparteien sowie die EU-Länder, die USA und Kanada Mitglied sind.

Bedeutsamstes Vermittlungsinstrument wurde die im Mai 2014 ins Leben gerufene trilaterale Kontaktgruppe, in der Vertreter der Ukraine, Russlands und der OSZE unter Vorsitz der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini zusammenkommen. Schon im März 2014 hatte der Ständige Rat der OSZE nach langem Ringen eine zivile Beobachtungsmission mit zunächst 250 Beobachtern mandatiert. Die Mission soll Spannungen verringern und durch objektive Lageberichte zur Stabilisierung beitragen. Auf Einladung der Ukraine fanden weitere OSZE-Aktivitäten statt: eine Mission zur Bewertung der Menschenrechte im Frühjahr 2014 sowie Wahlbeobachtermissionen zu den Präsidentschaftswahlen im Mai und den Parlamentswahlen im Oktober 2014. Zudem wurden unter dem Wiener Dokument von 2011 verschiedene militärische Verifikationsmissionen durchgeführt. Den wertvollsten Beitrag lieferte die OSZE sicherlich durch die Ausverhandlung des Minsker Waffenstillstandsprotokolls am 5.9.2014 mit den Konfliktparteien, in dem sie für die Zukunft Aufgaben zum Monitoring und zur Überwachung der Situation an der russisch-ukrainischen Grenze sowie auf beiden Seiten der »Kontrolllinie« zwischen den Separatisten und den ukrainischen Kräften übernahm.

Allerdings zeigen die großen Mühen, die OSZE-Beobachtermission auf Sollstärke zu bringen, wie tief der organisatorische Dornröschenschlaf der OSZE ist. Erst im Dezember 2014 war es möglich, wenigstens eine Aufstockung in Form einer Verdoppelung auf 500 Beobachter durchzuführen. Die künftige Wirksamkeit der gesamten Mission wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, sie politisch und *on the ground* mit Durchschlagskraft zu versehen. Dabei könnte es sich als Glücksfall erweisen, dass 2015 mit Serbien ein traditionell russlandfreundliches Land den OSZE-Vorsitz innehat, auf das 2016 Deutschland folgt.

In einem zeitlich größeren und vom Ansatz her grundsätzlicheren Kontext stellt die außen- und sicherheitspolitische Krise um die Ukraine unsere (westlich geprägte) Grundannahme, dass mit Ende des Kalten Krieges in Europa die Zeit der Konflikte für immer vorüber sei, in Frage. Wenn diese Annahme nicht bereits durch die jugoslawischen Nachfolgekriege und die *frozen conflicts* im östlichen Europa einen Dämpfer erhalten hat, dann doch wohl im zurückliegenden Jahr. Die Jahre seit 1989 sind ganz offensichtlich nur in einer Hälfte Europas als Erfolgsgeschichte empfunden worden, was uns primär in Deutschland als dem geografisch zentralen Land in Europa zu denken geben sollte. Die noch offene Frage ist nun, ob sich Deutschland, die EU, der Westen in ein neues *Great Game*, also die Fortsetzung des Kalten Krieges um Einflussphären zwischen Europa und Russland, begeben werden?

Bei diesem Spiel würde die Ukraine trotz anderslautender Rhetorik insbesondere des Ministerpräsidenten Yatseniuk, dessen Ambitionen zuweilen durch amerikanische Rhetorik noch befeuert wird, sicher nicht zu den Gewinnern gehören, sondern die große Verliererin sein. Eine Spaltung oder besser: Abspaltung von Teilen des Landes haben wir 2014 bereits erlebt. Wenn der Westen also seine eigenen Werte in der Außenpolitik ernst nimmt, dann kann er sowohl der Ukraine als auch der gesamten Region der »Östlichen Partnerschaft« doch nicht dadurch helfen, dass er das geopolitische Spiel der russischen Seite mitmacht und sich auf ein Regieren über die Köpfe der betroffenen Länder einlässt. Sondern nur, indem er weiterhin auf den Prinzipien der Einhegung von Macht durch Recht, die das 20. Jahrhundert uns alle gelehrt hat, beharrt.

Das hieße konkret, dass das seit 1990 bestehende Angebot an alle europäischen Länder, gleichberechtigter

Bestandteil einer europäischen Friedensordnung zu werden, grundsätzlich bestehen bleibt. Denn eine europäische Friedensordnung ist erst dann dauerhaft stabil, wenn sie alle Staaten, auch Russland und die Ukraine, einschließt. Wer aber Teil einer europäischen Friedensordnung werden will, muss seinerseits die grundlegenden Normen dieser Ordnung akzeptieren. Wenn Russland nun dagegen verstößt, so ist das doch aber kein Grund diese Prinzipien preiszugeben, sondern im Gegenteil der Anlass, Russland zu einem Politikwechsel zu bewegen. Oder ganz simpel gesagt: Die Tür muss von Seiten des Westens offen bleiben, aber diese Tür finden muss Russland schon selbst!

Wenn jetzt trotz allem an der Vision einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Einschluss Russlands festgehalten wird, dann wird damit doch nur dasjenige als Notwendigkeit beschrieben, dessen Fehlen uns 2014 so bitter vor Augen geführt wurde. Hätten wir diese paneuropäische Sicherheitsstruktur nämlich schon, dann wäre alles das, was in der Ukraine geschehen ist, nur schwer möglich gewesen. Hinzu kommt, dass diese Bereitschaft zugleich Ausweis von Realismus ist, denn Russland bleibt das wichtigste Land östlich der EU und der NATO. Man mag es sich zwar manchmal nicht nur in der ukrainischen Regierung wegwünschen, aber es wird nicht verschwinden. Um aber nicht Illusionen das Wort zu reden, wäre der Vorschlag, nicht mit den schwierigsten Problemen zu beginnen, sondern dort, wo gemeinsame Interessen sichtbar werden. Und das ist in Fragen der Wirtschaft und des visafreien Verkehrs der Fall. Erinnern wir uns an den Ausgangspunkt der »Euromaidan«-Bewegung – die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU durch den alten Präsidenten Yanukovych. Wäre es nicht ein lohnendes Ziel (bzw. wäre es das nicht schon vor einem Jahr bzw. in der Ära des Präsidenten Medvedev gewesen), auf eine überwölbende Zone freien Waren- und Personenverkehrs hinzuarbeiten, unter deren Dach man sich sowohl eine EU plus an sie angebundene Staaten vorstellen könnte, als auch eine Eurasische Wirtschaftsunion? Das setzt natürlich jetzt im Gegensatz zu der Situation vor einem Jahr voraus, dass beide Seiten von der aktuell herrschenden Eskalationslogik herunterkommen. Bei nüchterner Betrachtung ihrer ureigenen jeweiligen Interessenlagen – neue Absatzmärkte und Rechtssicherheit auf der einen Seite sowie die schiere Notwendigkeit einer Modernisierung nicht nur in Russland, sondern auch der Ukraine – müssten eigentlich alle Beteiligten zu dieser Einsicht gelangen.

»Neue Gesichter« oder Rückkehr der »alten« Eliten?

Ein Jahr nach den Ereignissen, die schließlich zum Sturz des Präsidenten Yanukovych führten, ist neben den fundamentalen Umwälzungen der außenpolitischen Lage rund um die Ukraine auch der richtige Zeitpunkt für einen Überblick über die innenpolitische, wirtschafts- und sozialpolitische Lage entlang der zentralen Forderungen der »Euromaidan-Aktivisten«. Dem Ruf nach »neuen Gesichtern« in der Politik, eine der Hauptforderungen, sind sie zum Teil selbst nachgekommen. Zwar ist eine Institutionalisierung und Verstetigung der »Maidan-Bewegung« als solcher in parteipolitischer Hinsicht bisher an mehreren Faktoren gescheitert: Zum einen fehlt es an unbestrittenem Führungspersonal mit Ausstrahlungswirkung ins Land und die Regionen. Die auf dem Maidan vertretenen Gruppen waren außerdem sehr fähig in puncto Selbstorganisation und Improvisation, aber ihre Heterogenität und Zersplitterung wirkte nicht förderlich im Hinblick auf Parteieugründungen. Einzig bei den Kiewer Stadtratswahlen im Mai 2014 konnten aus dem Maidan hervorgegangene Kleinstparteien einige Mandate in der Ratsversammlung gewinnen. Zum zweiten verhindern die Parteiengesetzgebung und die faktischen finanziellen Notwendigkeiten eine erfolgreiche Ausgründung einer konkurrenzfähigen Partei oder Bürgerbewegung. Erschwerend kam der Zeitfaktor mit der vorgezogenen Präsidentenwahl im Mai und der Parlamentsneuwahl im Oktober 2014 hinzu.

Allerdings gelang es einigen Aktivisten, Bloggern, Bürgerrechtlern, investigativen Journalisten und bekannten Vertretern der Zivilgesellschaft prominente Plätze auf den Parteilisten für die Neuwahl der Verchovna Rada zu ergattern, auch weil es für die Altparteien als opportun galt, sich mit ihnen zu schmücken, um damit eine maidanfreundliche Gesinnung nach außen kundzutun. Beispielhaft zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Svitlana Salishchuk, der Enthüllungsjournalist der *Ukrainiska Pravda*, Serhij Leshchenko, sowie der eingangs erwähnte Mustafa Nayem, die über die Liste »Block Petro Poroschenko« ins neue Parlament eingezogen sind. Aus anderen Parteilisten lassen sich Tetiana Chornovol, die Nummer zwei der »Volksfront-Liste« Yatseniuks, oder Hanna Hopko, die Listenführerin der Partei »Selbsthilfe« anführen. Insoweit werden wir gerade Zeuge eines politischen Feldversuchs, bei dem sich die Elite der Kiewer bzw. ukrainischen aktiven Zivilgesellschaft selbst in das

Feld der aktiven Politik begibt, anstatt nur vom Spielfeldrand aus zu kommentieren. Es bleibt abzuwarten, ob es ihnen gelingt, die eingefahrenen Spielregeln der ukrainischen Politik zu ändern, die viel mit Geld und Einflussnahme oligarchischer Strukturen auf politische Entscheidungsprozesse zu tun haben, oder ob das System sie ändert bzw. resignieren lässt.

Ein Schritt in die erstgenannte Richtung ist immerhin die Ankündigung in Form eines interfraktionellen Zusammenschlusses sachbezogen an Themen wie Wahlrechtsreform, einer Neuregelung der Parteienfinanzierung und einer Änderung der Verfassung weiterarbeiten zu wollen. Zur letztgenannten Thematik hat die Venedig-Kommission des Europarates punktgenau am Tag nach den vorgezogenen ukrainischen Parlamentswahlen über den von Präsident Poroschenko übermittelten Entwurf ihr Rechtsgutachten veröffentlicht.² Neben Verbesserungen in Form einer Dezentralisierung weist die Venedig-Kommission auf drei Schwachpunkte hin, die im »Aufmerksamkeitsloch« nach den Wahlen nahezu vollständig untergegangen sind: Erstens enthalte der vorliegende Entwurf eine Stärkung der Stellung des Präsidenten gegenüber der derzeit wieder in Kraft gesetzten Verfassung von 2004, was im kompletten Widerspruch zum öffentlichen Diskurs steht, der nach den Erfahrungen mit Poroschenkos Vorgänger selbstredend die präsidiale Macht eingedämmt sehen wollte. Zweitens wird – wie seit Jahren schon – eine Reform der Justiz angemahnt. Drittens kritisiert die Kommission die Nichteinbeziehung der ukrainischen Zivilgesellschaft in den Erarbeitungsprozess, was angesichts der angeblichen »Revolution« ebenjener Zivilgesellschaft einige Monate zuvor schon eine äußerst bemerkenswerte Einschätzung ist. Vor dem Hintergrund, dass die Regierungsbildung auf der breitestmöglichen Basis unter Einbeziehung aller politischen Kräfte außer dem »Oppositionsblock« erfolgte, ist absehbar, dass auf die Organisation einer verfassungsändernden Mehrheit abgezielt wird. Man kann nur hoffen, dass dies dann auf längere Sicht die letzte Verfassungsänderung bleibt, denn es ist der Stabilität eines Staates sicher nicht zuträglich, wenn – wie bisher in der Ukraine geschehen³ – praktisch jede neue Regierung diese Geschäftsgrundlage jeglichen politischen Handelns ändert.

2. Venice Commission, Opinion no. 766/2014, CDL-AD(2014)037.

3. Die ursprüngliche Verfassung von 1996 wurde in der Folge 2004, 2010 und 2014 massiv geändert. Es ging dabei inhaltlich vor allem um die Machtverschiebungen zwischen Präsident und Parlament.

Gegenüber den Tendenzen einer tatsächlichen personellen Umwälzung in der ukrainischen Politik dominieren aber weiterhin, auch ein Jahr nach dem »Euromaidan«, die alten Strukturen, die das innenpolitische Spiel des letzten Vierteljahrhunderts bereits weitgehend prägten. Zwar handelt es sich schon aus biologischen Gründen inzwischen nicht mehr um die Alterskohorte der alt-sowjetischen Funktionselite, der »roten Direktoren« bzw. ihrer Counterparts aus der westukrainisch geprägten Nationalbewegung. Aber sowohl die mächtigen Oligarchen wie Kolomoiskyi, Lyovochkin, Firtash oder Akhmetov (trotz seiner Geschäftseinbußen infolge des ostukrainischen Konflikts), als auch Politiker wie Poroshenko, Yatseniuk, Tymoshenko, Turchynov oder Boyko sind dem ukrainischen Publikum bereits seit Langem wohlbekannt. Nahezu 95 Prozent dieses Personals, abzüglich des geflohenen Präsidenten, seiner de facto mafios tätigen »Familie« und einiger enger Vertrauter hatte schon vor der angeblichen »Revolution der Würde« ähnliche Positionen inne. Nur waren in der Politik die Rollen vertauscht – wer vor dem 22.2.2014 in der parlamentarischen Opposition aktiv war, hat nun zumeist einen Regierungsposten inne und umgekehrt. Die Verflechtung von Wirtschaft und Politik ist dabei wirkmächtiger als in Russland, wo es Präsident Putin gelungen ist, den Wirtschaftsmagnaten politische Ambitionen, die in Konkurrenz zu seiner Herrschaft stehen, auszutreiben. In der Ukraine wurde und wird Pluralismus auch nach dem »Euromaidan« vornehmlich durch die Konkurrenz regional oder sektoral tätig und ihre Claims absteckender Oligarchen hergestellt, was sich sowohl auf die Politik als auch auf die Massenmedien erstreckt.

Es ist angesichts dieser personellen Kontinuität daher nur schwer einzusehen, woraus sich der Optimismus vieler westlicher Beobachter konkret speist, die nun eine »pro-europäische« Ära in der Ukraine heraufziehen sehen. Ein pro-europäisches Bekenntnis allein ist noch lange kein pro-europäisches Programm, auch wenn es natürlich verständlich ist, dass die Mehrheit der politischen Kräfte sich jetzt unter dem Schlagwort »Europa« von der alten Yanukovych-Regierung abgrenzt. Verfolgte man den Wahlkampf zur Parlamentswahl, so spielten konkrete politische Reformvorhaben auch keine so wichtige Rolle, wie man das nach einer umwälzenden Bürgerbewegung erwartet hätte. Neben den schon traditionellen populistischen Parolen dominierte eindeutig der Fokus auf das kriegerische Geschehen im Osten der Ukraine. Der Ministerpräsident ließ es sich

nicht nehmen, vor laufender Kamera einen Panzer zu besteigen, um Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren. Eine echte Europäisierung, die sich in Anlehnung an von der EU propagierte Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz, dem Grundübel der Korruption, annähme, müsste beispielsweise weit über das bis jetzt einzig vorzeigbare Resultat, ein Gesetz über öffentliche Ausschreibungen vom Mai 2014, hinausgehen. Letztlich hieße wirksame Korruptionsbekämpfung nichts anderes, als dass die immer noch dominierenden Eliten die Axt an die Quelle ihrer eigenen Dominanz zum Gemeinwohl des ganzen Landes legen müssten. Der einzige Weg, dies absehbar auch nur annähernd zu erreichen, besteht in einem Bündnis der Post-Maidan-Politiker mit der EU als größter Geberin. Nur mit sehr viel mehr Engagement bei diesen *sticks and carrots* als in der Vergangenheit und dem großen Hebel der wirtschaftlichen Unterstützung werden Fortschritte möglich sein.

Auch in der Ukraine: Sparen gegen die Krise

Neben der Korruptionsthematik und der Fragwürdigkeit des Willens der weiterhin tätigen politischen Elite, sich den Hoffnungen der Bevölkerung auf ein »normales« und würdiges Leben zu widmen, steht die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Fokus. Auch ohne den Konflikt in der Ostukraine wäre die Situation schon keine einfache gewesen, nun aber steht die ukrainische Gesellschaft vor schweren Zeiten. Die Wirtschaftsleistung ist 2014 nach Angaben der ukrainischen Notenbank um 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr geschrumpft. Das ist der schlimmste Einbruch seit der weltweiten Wirtschaftskrise 2008/09, von dem sich die Ukraine noch gar nicht richtig erholt hatte. Hinzu kommen die Zerstörungen aufgrund des Krieges im Osten des Landes, geschätzte 450.000 Binnenflüchtlinge, die auf absehbare Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren können, eine beginnende Krise am Arbeitsmarkt, auf dem nun auf kleinerem de facto-Territorium nahezu genauso viele Menschen konkurrieren und eine Staatsverschuldung, die eine Refinanzierung nicht mehr am Anleihenmarkt, sondern nur noch über IWF-, EBRD- und EU-Hilfspakete zulässt. Daneben ist auch der Außenwert der ukrainischen Währung (Hryvna) im Laufe des Jahres 2014 praktisch abgestürzt und hat sich gegenüber US-Dollar und Euro halbiert.

In dieser desolaten Situation scheint der übliche austeritätspolitische Ansatz westlicher Geber nicht die adäquate Lösung zu sein, will man nicht eine ohnehin bereits stark unter ökonomischem Druck stehende Bevölkerung geradezu in die Verarmung treiben. Gleichwohl wird er weitgehend unhinterfragt sowohl von den westlichen Ländern propagiert als auch von der neuen ukrainischen Regierung meist mit Verweis auf die gebotene Geschwindigkeit »angesichts der russischen Bedrohung« akzeptiert. Bezeichnenderweise wurde von der Übergangsregierung im Frühjahr sogleich der georgische Verfechter libertären Wirtschaftens, Kakha Bendukidze, der dort Expräsident Saakaschwilis Kampf gegen jegliche Marktregulierung angeführt hatte, als Wirtschaftsberater in die Ukraine geholt. Es gelang ihm jedoch bis zu seinem plötzlichen Tod am 13. November 2014 nicht, ähnliche Wirkung zu entfalten. Dass inzwischen bereits ein dreiviertel Jahr post-Yanukovych-Zeit ins Land gegangen ist, ohne dass allzu viele der vom IWF selbst vorgeschlagenen Reformen auch nur angegangen wurden, ist bezeichnend für die Beharrungskräfte des alten ukrainischen Elitengeflechts. Von der eigenen Prioritätenliste des IWF-Abteilungsleiters für Europa Moghadam vom April 2014 wurde jedenfalls bisher einzig im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen und der Reform der Steuerverwaltung etwas Vorzeigbares abgearbeitet.

Angesichts der katastrophalen Auswirkungen der *austerity policy* innerhalb der EU fragt man sich jedoch, warum die in Südeuropa (Griechenland, Portugal und Spanien) begangenen Fehler nun auch noch in der demnächst assoziierten Ukraine wiederholt werden müssen. Will die dem durch Deutschland vorgegebenen wirtschaftspolitischen Kurs folgende EU eine weitere »verlorene Generation«, wie in den südlichen Mitgliedstaaten der Union, nun auch an der östlichen Grenze produzieren? Oder soll angesichts des Fachkräftemangels in Nord- und Mitteleuropa gar die Hoffnung der Ukrainer auf ein besseres Leben dazu genutzt werden, aus dem zu erwartenden *brain drain* der gut Ausgebildeten zu profitieren? Es sei in dem Zusammenhang daran erinnert, dass seit der staatlichen Unabhängigkeit rund sechs Millionen Ukrainer im Verlassen des Landes den einzigen Ausweg aus ihrer Misere sahen.

Die ukrainischen Gewerkschaften, die durch die Ereignisse im Februar in Kiew und im Mai in Odessa ganz konkrete materielle Einbußen zu verzeichnen hatten, als zwei ihrer Häuser in Flammen aufgingen, haben durch

den Verlust von Einnahmequellen durch den Betrieb von Ferienheimen auf der nun annektierten Krim ihre internen Budgets um bis zu 40 Prozent kürzen und Mitarbeiter entlassen müssen. Zusätzlich zu den herkömmlichen Problemen des Mitgliederschwundes aufgrund von Überalterung, der Marginalisierung einst dominanter industrieller Branchen der Ukraine (die aufgrund der Situation im *Donbas* nochmal zugenommen hat) sowie der inneren Konflikte unter den konkurrierenden Gewerkschaftsbünden, bringt sie das nicht in die vorteilhafteste Ausgangsposition für den anstehenden sozio-ökonomischen Reformprozess. Nachdem die alte Regierungspartei »Partei der Regionen« zuweilen in paternalistisch-populistischer Weise (Arbeits-)Gesetzgebung betrieb, wird mehr und mehr offenbar, dass die Gewerkschaften in der neuen Regierung keine vergleichbaren Ansprechpartner gefunden haben. Gesetzesvorhaben über die Beschneidung der althergebrachten Einspruchsrechte der Gewerkschaften bei Entlassungen, die faktische Abschaffung der ohnehin nur noch auf dem Papier existenten staatlichen Arbeitsinspektion und die Aufhebung der Mitwirkungsrechte bei der Verwaltung der Sozialkassen (aus dem naheliegenden Grund des angestrebten staatlichen Griffs in dieselben) sind seit dem Sommer 2014 aufgetaucht und nur wegen der Diskontinuität des Parlamentsbetriebs noch nicht verabschiedet worden.

Bezeichnenderweise haben aber auch die Aktivisten des »Euromaidan« es bisher nicht vermocht, eigene Reformmodelle für die ukrainische Wirtschaft aufzuzeigen. Ihre wirtschaftspolitischen Forderungen erschöpf(t)en sich nahezu ausschließlich im Ruf nach einem Ende der Korruption, mit der Ausnahme einiger Kandidaten auf der überraschend ins ukrainische Parlament eingezogenen Parteiliste *Samopomich* (Selbsthilfe). Ansonsten folgt der »Maidan-Mainstream« in undifferenzierter Weise dem in Westeuropa vorherrschenden neoliberalen Diskurs und schaut – abermals aufgrund des geringen Vertrauens in das bisherige Handeln der ukrainischen Politik – auf die EU als »Aufpasserin« im Rahmen der durch das Assoziierungsabkommen nötigen Anpassungsprozesse. In die Umsetzung des DCFTA sollen entlang der 15 Unterkapitel mittels begleitender »Plattformen« und Arbeitsgruppen sowohl die Sozialpartner als auch NGOs eingebunden werden. Bei aller grundsätzlichen Kritik an der Involvierung zivilgesellschaftlicher Akteure in den *closed shop* des Sozialen Dialogs mag man daraus auch angesichts des Zustandes der Gewerkschaftsbewegung im speziellen ukrainischen Fall zumindest die Hoffnung

auf eine spätere Allianzbildung von Teilen der NGOs und der Gewerkschaften zum Lobbying von Interessen der arbeitenden Bevölkerung ziehen. Zudem ist auf der europäischen Seite der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) das Partnerorgan zur Implementierung des DCFTA, was in dieser Konstruktion eine komplette Neuheit darstellt. Es ergibt sich daraus für die weitere kritische Begleitung und Beeinflussung des Implementierungsprozesses also zumindest die Chance, politisch »über die Bande« der Arbeitnehmerseite des EWSA zu spielen. Innerukrainisch liegt außerdem im Zuge der angestrebten Dezentralisierung des Landes einige Hoffnung in der Aktivierung der bereits existenten regionalen dreiseitigen Räte des Sozialen Dialogs im Sinne eines aus der Not geborenen Neokorporatismus. Denn es liegt auf der Hand, dass – letztlich im Zuge des weiteren Lernprozesses – sozial abgefederte Reformen im Sinne des »rheinischen Kapitalismus« und des oft propagierten »Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells« einer Schocktherapie nach russischem Vorbild der 1990er-Jahre vorzuziehen sind, da sonst schlicht der innere Zusammenhalt des Gemeinwesens infrage steht bzw. die Gefahr einer neuen, diesmal sozial begründeten Protestbewegung heraufbeschworen würde.

Eine noch offene Frage ist, ob und wann die neuen ukrainischen Verantwortlichen sich tatsächlich und endlich auf die verstärkte Suche nach den durch die »Familie« Yanukovychs abgezweigten Geldern machen, die auf dem »Euromaidan« bekanntlich ebenfalls als Grund für die Empörung benannt wurden. Nach den von der Übergangsregierung Ende April 2014 in die Welt gesetzten Meldungen machten angeblich veruntreute bzw. gestohlene Summen von bis zu kaum vorstellbaren 100 Milliarden US-Dollar die Runde. Zum Vergleich: Der ursprüngliche Staatshaushalt für 2014 sah Ausgaben von 471 Milliarden Hryvna (ca. 30 Milliarden US-Dollar) vor; Yanukovich und seine Getreuen hätten also in fast genau vier Regierungsjahren unbemerkt bzw. ungehindert drei komplette ukrainische Staatshaushalte in die eigene Tasche lenken müssen – eine ganz neue Bedeutung des Wortes »Durchregieren«. Seit der anfänglichen Aufregung im Frühling ist es um diese Frage ruhiger geworden, außer, dass man die »Familie« mit der Finanzierung des Separatismus in der Ostukraine sogleich in Verbindung brachte. Würden aber wirklich solche Summen, im Raume stehen, dann müsste es doch möglich sein, diese einzufrieren und dem notleidenden Haushalt für 2015 zukommen zu lassen. Nur, die letzten Erkenntnisse hier-


zu lassen zweifeln: Das *Basel Institute on Governance*, eine schweizerische NGO, hilft nun dabei, das Geld ausfindig zu machen. Bisher ist der Erfolg noch recht bescheiden. Die Schweiz hat bisher nur 185 Millionen Schweizer Franken (ca. 192,5 Millionen US-Dollar) auf 29 Konten ukrainischer Staatsbürger einfrieren lassen.

Gemeinsame Identität

Auch wenn es derzeit noch *wishful thinking* sein mag: Gerade eine sich »pro-europäisch« gerierende Regierung wird künftig nicht an dem Umstand vorbei können, dass es im Interesse der Bewahrung der Einheit der »restlichen« (unbesetzten) Ukraine nötig ist, eine für alle Bürger akzeptable »Erzählung« zu finden. Eines der originären ukrainischen Probleme seit der staatlichen Unabhängigkeit war, dass die Politik auf *nation building* keinen Wert legte, sondern zunächst an der Erwirtschaftung und Beiseiteschaffung von Renten zum eigenen Nutzen interessiert war. Das vergangene Jahr hat diesbezüglich eine ambivalente Entwicklung gebracht: Den »Euromaidan« unterstützten zwar geografisch deutlich mehr West- und Zentralukrainer,⁴ aber die Ablehnung der neuen Herrschaftsverhältnisse in Kiew durch die *Donbas*-Bewohner blieb nach dem Februar 2014 andererseits so gering, dass nur wenige Menschen für den Separatismus zu den Waffen greifen wollten. Die Führer der Abspaltungsbewegung beschwerten sich sogar öffentlich darüber. Ursprünglich waren ca. ein Drittel der *Donbas*-Bürger für die Beibehaltung des Status quo und ein weiteres Drittel immerhin lediglich für größere Autonomie innerhalb des ukrainischen Staatsverbundes eingetreten.

Angesichts dieser gerade nicht den Beweis einer immer schon quasi »naturegegeben« sich abzeichnenden Spaltung des Landes erbringender Befunde wäre es im Vorfrühling 2014 entscheidend gewesen, frühzeitig auf die Menschen in der Süd- und Ostukraine zuzugehen, um zu demonstrieren, dass keine »feindliche Übernahme« durch die Regierung droht. Dass die damalige Übergangsregierung in ihrer »pro-europäischen« Rhetorik zu solcher Symbolpolitik nicht in der Lage war, muss im Nachhinein als ihr größtes Versäumnis gewertet werden, selbst wenn man ihre schwierige Ausgangslage und den starken Handlungsdruck, unter dem sie stand,

4. S. Ukraine-Analysen Nr. 126 vom 28.01.2014, S. 13 f., in: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen126.pdf>



berücksichtigt. Landestypische Kompromissunwilligkeit und -fähigkeit sowie der Siegestaumel des *the winner takes it all* verhinderte sowohl bei den neu-alten »Rückkehrern« der politischen Elite als auch den Maidan-Aktivisten einen integrativen Ansatz. Im Ergebnis gehörte nicht ein einziger Minister des geografischen Südostens der Ukraine dem Kabinett der Übergangsregierung Yatseniuk an, im Widerspruch zum noch am Vorabend von Yanukovychs Flucht ausgehandelten »Kompromiss« zwischen dem *ancien régime* und der damaligen Opposition. Dass schon am zweiten Tag nach Yanukovychs Flucht die Verchovna Rada nichts Eiligeres zu tun hatte, als (sonntags!) das alte Sprachengesetz aufzuheben, das den Gebrauch des Russischen in den Regionen, in denen es für mindestens zehn Prozent der Bevölkerung Muttersprache ist, den Status einer Regionalsprache zuerkannte, musste in den betroffenen immerhin 13 Regionen der Ukraine entsprechend als Affront aufgenommen werden. Da half es auch wenig, dass durch das Veto des Übergangspräsidenten Turchynov das Inkrafttreten des neuen Gesetzes verhindert wurde. In diese Logik unkluger Signale schreibt sich der präsidiale Erlass zum Stopp aller staatlichen Leistungen in den von Separatisten besetzten Gebieten vom 15. November 2014 ein. Damit erhalten Schulen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen in den betroffenen Zonen seither kein Geld mehr und zudem sind auch die Geschäftsbanken vom Mittelzufluss durch die ukrainische Nationalbank

abgeschnitten. Wie sich dieses Vorgehen mit der selbst proklamierten Verantwortung für die Menschen in den besetzten Gebieten vertragen soll, ist komplett fragwürdig. Mit einem solchen Schritt treibt Kiew die dort verbliebenen Leute praktisch in die Arme der Separatisten.

Immerhin hat sich aber andererseits über den Sommer hinweg durch das russische Eingreifen erstmals so etwas wie ein gesamtukrainischer Patriotismus, der nicht bloß auf regionalen »Erzählungen« fußt, innerhalb der Bevölkerung gebildet. Vladimir Putin ist also – sicherlich unbeabsichtigt – dabei, dasjenige mit zu erschaffen, was er gelegentlich in Frage stellt: einen sich seiner selbst bewussten ukrainischen Nationalstaat. Für dessen weitere Kohäsion käme es nun entscheidend darauf an, einen inneren Verständigungsprozess zu führen, man mag ihn auch als Versuch einer »nationalen Versöhnung« bezeichnen. Angesicht der Unwilligkeit der offiziellen Regierung diesen anzugehen, obwohl es in ihrem ureigenen Auftrag der Erhaltung und des Schutzes der Integrität des Staates läge und er auf lange Sicht hierfür wichtiger wäre, als die von ihr aktuell angestrebte militärische Aufrüstung, liegen die Hoffnungen abermals auf der Zivilgesellschaft. Doch ob sich ein Jahr nach dem »Euromaidan« bei den »Siegern« diese Bereitschaft schon findet, ist eine offene Frage, von deren Beantwortung ein großer Teil des ukrainischen Neuanfangs abhängt.



Über den Autor

Stephan Meuser leitet das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
osteuropa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-080-4